

# Halle'sche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1910. Nr. 508.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 203.

Verlagshaus für Halle u. Magdeburg, 203. Zeit. für die Provinz Sachsen. Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich fünfmal, am Sonntag, Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag. Preis 10 Pf. pro Quartal, 30 Pf. pro Halbjahr, 1 Mark pro Jahr. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Postämter und Verlagsstellen an.

Zweite Ausgabe

Verlagshaus für Halle u. Magdeburg, 203. Zeit. für die Provinz Sachsen. Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich fünfmal, am Sonntag, Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag. Preis 10 Pf. pro Quartal, 30 Pf. pro Halbjahr, 1 Mark pro Jahr. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Postämter und Verlagsstellen an.

Verlagshaus für Halle u. Magdeburg, 203. Zeit. für die Provinz Sachsen. Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich fünfmal, am Sonntag, Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag. Preis 10 Pf. pro Quartal, 30 Pf. pro Halbjahr, 1 Mark pro Jahr. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Postämter und Verlagsstellen an.

Sonnabend, 29. Oktober 1910.

Verlagshaus für Halle u. Magdeburg, 203. Zeit. für die Provinz Sachsen. Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich fünfmal, am Sonntag, Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag. Preis 10 Pf. pro Quartal, 30 Pf. pro Halbjahr, 1 Mark pro Jahr. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Postämter und Verlagsstellen an.

### Arbeiterversicherung und Postverwaltung.

Zum Jubiläum der Unfall- und der Invalidenversicherung, das zu Anfang des Vierteljahres in Berlin begangen wurde, hat das Reichsversicherungsamt eine wertvolle Beschriftung herausgegeben, in der — unter anderem — zum ersten Male — auf die wichtigsten Dienste hingewiesen wird, welche die Postverwaltungen bei der Durchführung der Arbeiterversicherung leisten. Die Auszahlung der ungewohnten Zahl von Renten hätte sich schwerlich so glatt bewerkstelligen lassen, wenn die Reichspost sowie die Postverwaltungen von Bayern und Württemberg hierbei nicht helfend eingetreten wären. Die Entschädigungen sowohl in der Unfall- wie in der Invalidenversicherung werden grundsätzlich durch die Post vorzugsweise ausgezahlt. Die Postämter haben außerdem an erster Stelle den Verkauf der als Beiträge zur Invalidenversicherung zu verwendenden Marken zu bewirken. Diese aufnehmend sehr einfache Sache hat nicht nur bei ihrer ursprünglichen Regelung beträchtliche Mühe verursacht, sondern erfordert auch fortgesetzt eine Menge organisatorischer Arbeiten. Wie umfangreich die Leistungen der Postverwaltungen sind, die von dieser auf Grund der Arbeiterversicherungsgeetze unentgeltlich auszuführen werden, mag aus nachfolgenden Angaben erhellen werden:

Aus der Reichspostkasse sind im Jahre 1908 vorzugsweise gezahlt worden: rund 270 Mill. Mark an 2 989 000 Empfänger in 17 277 000 Einzahlungen. An der Auszahlung der Renten waren Ende 1908 im Reichspostgebiet rund 14 900, in Bayern 3055 und in Württemberg 812 Postämter beteiligt, von denen manche am ersten jedes Monats 3000 bis 4000 Zahlungsempfänger abzurufen haben. Bei diesen Leitern sind an diesen Tagen je 10 bis 15 Beamte allein erforderlich, um den Rentenabrechnungsbüro glatt abzuwickeln. Ingesamt waren beispielsweise am 1. April 1908 allein bei den Postämtern mit mehr als 200 Rentenempfängern im Reichspostgebiet rund 5000 Beamte, in Bayern 330 Beamte mit der Rentenauszahlung und der Diktationsprüfung besetzt. Bei so großer Zahlungsverkehr müssen schon bei der Anmietung oder Herstellung neuer Diensträume von vornherein besondere, genügend große Plätze vorgesehen werden. Die Beschaffung solcher Räume ist besonders mühselig, weil sie nur am höchstens zwei Tagen im Monat gebraucht werden, allerdings ist auch im Laufe des Monats eine größere Anzahl von Beamten erforderlich, und zwar zur Nachprüfung der vielfach unvollständigen oder unrichtigen Renteneinträge, zur Bearbeitung der neu eingehenden Zahlungsaufstellungen usw. Außerdem sind bei den Renteneintragsstellen der Postverwaltungen 260 Beamte ausschließlich zur Erledigung der dort vorzunehmenden Arbeiten erforderlich, und zwar zur Prüfung der eingehenden Anmeldungen, zu deren Ueberprüfung an die Postämter, zur Rechnungslegung gegenüber den Versicherungsträgern u. a. m. Dazu kommt der Verkauf der Beitragsmarken der Invalidenversicherung im Werte von etwa 168 Millionen Mark jährlich.

Die Post mußte bisher alle Zahlungen nicht nur unentgeltlich, sondern im Bereiche der Unfallversicherung auch als Mittel des Reichs vorzugsweise bis etwa zur Mitte des nächsten Kalenderjahres leisten, während die Versicherungsträger der Invalidenversicherung schon bisher der Postverwaltung auf Verlangen eines Verbandsrats in der vorausgeschickten Höhe ihrer Zahlungen zu stellen hatten. Bei der Neuordnung des Finanzwesens im Sommer 1909 ist bekanntlich auch den Versicherungsträgern der Unfallversicherung eine entsprechende Verpflichtung auferlegt worden. Auch so haben aber die Postverwaltungen den ganzen anfälligen Betrag an baren Aufwendungen für Räume, Material und Personal zum Nutzen der Arbeiterversicherung nach wie vor zu tragen.

Einen vollständigen Ueberblick über die Arbeitsleistungen erhält man freilich erst dann, wenn man auch die Beschäftigung des Reichsversicherungsamts in derselben Richtung berücksichtigt. Es ist eben ein gewaltiger Apparat, der zur Bewältigung der Arbeitslast aufgestellt werden muß. Aber wo bleibt der Dank der Rentenempfänger und der soziale Friede?

### Die Erhaltung des Deutschtums in Belgien.

Aus Brüssel schreibt man uns: Die vom Reich für die Pflege des Deutschtums in Belgien aufzuwendenden erheblichen Mittel im Verein mit der rühmlichen Arbeit und der großen Opferbereitschaft der deutschen Konsuln haben eine sehr bemerkenswerte Erhaltung des Nationalbewußtseins zur Folge gehabt. Ueberall macht sich in der in Belgien geborenen Generation die Neigung zur Bewahrung des Deutschtums in heiligem Maße geltend. Ebenso suchen Personen, die in jüngeren Jahren ausgewandert waren, später ihre Naturalisation nach, soweit dies jetzt rechtlich möglich ist. Die Fälle nationaler Renonciation werden seltener, und hier geborene junge Leute, deren Väter die Reichsangehörigkeit verloren haben, kommen um diese wieder ein, um in das deutsche Heer einzutreten. Zu

diesem Jahre tragen vier in Brüssel geborene Söhne einer der ersten Familien der Kolonie des Kaisers Adolf. — Diese Erhaltung des Nationalbewußtseins der Deutschen in Belgien beruht nicht sowohl auf Zuwanderung und auf deren Einfluß, sondern auf innerer Erhaltung. Die Zahl der Deutschen in Belgien wird gegenwärtig wohl annähernd auf etwa über 1000 geschätzt. Von ihrer Opferbereitschaft für die Erhaltung des gemeinsamen Volkstums erhält man ein Bild, wenn man sich vergegenwärtigt, daß durch freiwillige Stiftungen der Kolonisten für Wohlfahrtsanstalten, Schulen und Kirchen jährlich drei Millionen aufgewendet werden, von denen mehr als eine Million — ohne Berücksichtigung der Schulgelder — für Schulen bestimmt sind. Und gerade auf diesem Gebiet ist ein besonders erfreuliches Aufwachen zu verzeichnen. Während noch 1900 nur in Antwerpen eine nicht ausgebaute höhere Knaben- und Mädchenschule ohne Berechtigungen, in Brüssel ein unfertiges Progymnasium und in Antwerpen eine dreiklassige Volksschule bestanden, sind heute die höheren Schulen in Antwerpen und Brüssel zu berechtigten Vollanstalten ausgebaut. Die Antwerpener Volksschule ist zu einer fünfklassigen Bürgerschule erweitert. Von hinzugezogenen sind zwei Schulen in Lüttich und Weespelt; die Errichtung einer Schule in Gent ist eingeleitet. In diesen Schulen sind heute 94 Lehrkräfte in 65 Klassen tätig, die von 1550 Schülern besucht werden gegen 600 im Jahre 1900. Die Zahl der evangelischen Geistlichen hat sich im letzten Jahrzehnt von 3 auf 6 erhöht, ebenso hat die Zahl der katholischen Geistlichen eine Vermehrung erfahren. In Antwerpen besitzt die deutsch-evangelische Gemeinde zwei Gotteshäuser, in denen jährlich 100 Konfirmanden eingekannt werden. — Auch die deutsche Wohlfahrtspflege ist in sehr starker Entwicklung begriffen. Die Vereinsbudgets für Armenpflege belaufen sich in Antwerpen auf 40 000, in Brüssel auf 29 000 und in Lüttich auf 6000 Fr. Eine Sterbe- und Krankenkasse der kleinen Gewerbetreibenden und Arbeiter ist in Antwerpen mit einem Verbandsfonds von 50 000 Fr. gegründet worden. Für die Kriegsteilnehmer sind durch regelmäßige Beiträge Klubs geschaffen, deren Verwaltung in der Hand der Frauen liegt. Die Seemannsvereine in Antwerpen durch Errichtung eines Heims und durch Stellenvermittlung eine große Entwicklung genommen. Das deutsche Vereinswesen, dem eine besondere Pflege des Nationalbewußtseins beizumessen ist, besteht sich noch immer in steigender Entwicklung. Zahlreiche Gesangsvereine, Turnvereine und andere patriotische Vereine bestehen heute in einer Zahl von mehr als 500.

### Zur Lage in Baden.

Die „W. N. N.“ erlangen folgende sehr bemerkenswerte Zuschrift:

„Bei uns, im westlichen Wetterwinkel Deutschlands, sind die politischen Zustände außerordentlich gespannt, und die Empfindungen nicht minder heftig wie in den Revolutionsjahren der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Leider hat die national-liberale Partei sich von neuem für die kommenden Wahlen in Reich und Glied mit der Sozialdemokratie geteilt und die Elemente in ihrer Mitte, die diesen Entschlüssen nicht mitgehen wollen, zum Scheitern gebracht. So hat ein liberales Volk im höchsten Maße vorhanden ist, das einem Bedenken oder einem Widerspruch gegen das Programm der demokratischen Führer Aufnahme gewähren würde. Und doch ist es Tatsache, daß das Bündnis der bürgerlich-liberalen Parteien mit der Sozialdemokratie in vielen Kreisen des liberalen Bürgertums mißfällt, insbesondere in der Geschäftswelt, die tagtäglich die bittersten Erfahrungen durch die Verletzung ihrer Arbeiter machen muß.“

Die Stellung der Regierung zu den Parteigestaltungen war bisher eine mehr oder weniger neutrale gewesen, und ein in dieser Beziehung wohl überflüssiges Wort des Ministers des Innern, Herrn v. Bowman, in einer Sitzung der 1. Kammer des verstorbenen Reichstages, das eine gewisse Anerkennung der Tätigkeit der Sozialdemokraten enthielt, gab Anlaß zu dem Glauben, daß die bösliche Regierung dem sog. Grobblod zugehört sei. Die offiziellen Erklärungen der amtlichen „Saxen-Zeitung“ haben nunmehr diese irrtümlichen Meinungen mit der Sicherheit eines Urteils widerlegt. Die bürgerlichen Parteien auf entscheidende Befürwortung und betont, daß das amtliche Organ einer monarchischen deutschen Regierung selbstverständlich jede Politik mißbilligt, die irgendeine geeignete ist, die Wurzeln einer in ihrem Programm oder Auftreten antimonarchischen Partei zu fassen. Darob aber Beschlüssen im Lager des Grobblods, die aber sich bis zur Zeit steigerte, als der Oberamtmann Arnspurger von Karlsruhe nach dem Städtischen Rat verlegt wurde, weil er in einer liberalen Versammlung in Karlsruhe sich entschieden für das Zusammengehen mit den Sozialdemokraten aussprach und gegen ein solches mit der Sozialdemokratie über ein Ausgehen hatte. Einem Verwaltungsbeamten, der die Intentionen der Regierung zu verfolgen und für sie einzutreten hat, könnte das Ministerium mindestens mehr Zurückhaltung erwidern und zu Protestvermutungen, wie sie die bürgerlichen eingeleitet haben, ist keineswegs Berechtigung vorhanden, ebensowenig zu dem Gehör liberaler und sozialdemokratischer Zeitungen über gewaltsame Einflüsse von Berlin.“

Die „Norddeutsche Zeitung“ tritt insoweit in den Verhandlungen der Versetzung des Oberamtmanns Arnspurger mit folgenden Ausführungen entgegen:

„Die großherzogliche Regierung war und ist der Ansicht, daß bei dem nächsten Reichstagswahlen zur Verhütung eines weiteren Anwachsens der sozialdemokratischen Vertretung ein Zusammenstoß der bürgerlichen Parteien dringend erwünscht ist. Sie hat diese Anschauung wiederholt in der „Norddeutsche Zeitung“ hervorgehoben lassen. Oberamtmann Arnspurger hat in einer politischen Versammlung, deren Verlauf durch die Tagespresse öffentlichkeit mitgeteilt wurde, Stellung gegen diese Anschauung genommen, indem er ein Zusammengehen der National-liberalen mit den Konfessionspartei für absehbare Zeit für ausgeschlossen bezeichnet, und nach Hinweis auf die Tätigkeit einiger (evangelischer) Geistlicher im Landbezirk Karlsruhe mit der Aufforderung schloß, keinesfalls mit Geistlichen und Konfessionspartei zusammenzugehen. Am Landbezirk Karlsruhe sind die Konfessionspartei, denen auch die Mehrzahl der protestantischen Geistlichen zuzurechnen ist, zahlreich und bilden ein staatsverhaltendes Element von besonderer Bedeutung. Unter diesen Umständen hat die Regierung ein Verbot des Oberamtmanns Arnspurger in diesem Bezirke nicht für tadellos erachtet, und hat seine Verlegung in einem anderen Bezirk herbeigeführt. Die öffentliche Reaktion hat damit für Oberamtmann Arnspurger nicht verbunden, im Gegenteil ist er von der Stellung eines „den Amtsvorfällen gleichgestellten zweiten Beamten“ in die selbständige Stellung eines Amtsvorstandes und in der Stellung einer Dienstwohnung gelangt. Die Stelle in Staufen ist wegen der Annehmlichkeiten des Aufenthalts eine der begehrtesten des Landes. Eine Entziehung liegt somit weder im beamtenrechtlichen Sinne, noch in tatsächlicher Beziehung vor. Die Entschädigung der Regierung beruht auch weder auf einem Wechsel ihrer Anschauungen, noch auf verzeiner Einflüssen.“

### Deutsches Reich.

\* Der Kaiser und die Weltausstellungen. Beim Abschied auf der deutschen Gesandtschaft in Brüssel jagt der Kaiser in Gegenwart des Generalkonsuls der belgischen Regierung und des Herzogs von Urkel nochmals den Reichskonsul, Geheimrat Albert, ins Ohr und unterhielt sich besonders über die Frage der Weltausstellungen, und ob eine Weltausstellung in Deutschland möglich sei. Der Kaiser gab nochmals seiner Freude über die Eröffnung der Weltausstellung fertig gewesen sei und sprach seine Anerkennung über das aus, was ihr geleistet worden ist.

\* Eine Ueberprüfung für die Kaiser. Der Kaiser hat am Freitag den Ritters und vormaligen den Behörden der rheinischen Metropole eine Ueberprüfung bereitet. Entgegen dem festgesetzten Plane, die Rückkehr von Brüssel über Köln — freilich zu nehmen, erfordern der Sojus mit dem Kaiserpaar und der Prinzessin Viktoria plötzlich am Freitag morgen nach 7 Uhr im Kaiser Hauptbahnhof. Die hohen Herrschaften entließen den Auge und begaben sich zu Fuß in die Domkirche, umgeben von hundert von Arbeitern und Handwerker, die um jene Zeit zu ihrer Arbeitstätte eilten. Bald war die Domkirche und der Domplatz mit einer dichtgedrängten Menschenmenge besetzt, ohne daß es trotz der wenigen den Reichsidentität vererbenden Beamten zu irgendwelchen Störungen gekommen wäre. Ebenso wie es gekommen, verließ das Herrscherpaar mit der Prinzessin die Stadt, nachdem es eine Rundgang durch die weiten Gassen der Domkirche gemacht und aus einiger Entfernung die neue Domkirche in Augenschein genommen hatte. Kurz vor acht Uhr kam die Sojus aus dem Kaiser Hauptbahnhof, umgeben von einer großen Menschenmenge, die auf der Straße und den Brückenenden aufgestellt genormt hatte, während das Herrscherpaar, augenscheinlich in vorzüglicher Stimmung, für die spontanen Begrüßungen lebhaft dankte.

\* Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin mit der Prinzessin Viktoria Suite und die Kaiserin trafen am Freitag abend 7 Uhr auf der Fürstentation Wildpark ein und begaben sich ins Neue Palais.

\* Vom Kaiser in Paris. Kaiserin Kaiserin heute, Sonnabend, nachmittag den deutschen Kaiserin Freiherren v. Schöen empfangen, der ihm sein Begleitungsbeschreiben überreichen wird. Der französische Minister Richon erwiderte am Freitag den Besuch, den Kaiserin v. Schöen am Donnerstag abgeholt hatte. Die Unterhaltung zwischen den beiden Staatsmännern bei beiden Zusammenkünften trug einen sehr herzlichen Charakter.

\* Sofonows Reise nach Berlin. Der Vertreter des russischen Ministeriums des Äußeren, Sofonow, wird am Sonntag nach Potsdam abreisen.

\* Todesfälle. Nach einer Meldung aus Neuchâtel a. S. ist der Reichsrat Dr. August v. Clemm am Freitag mittag gestorben. — Ferner ist das Mitglied der ersten Kammer des Reichstages, Herr v. Schöenherb, gestorben.

\* In der Sitzung des Bundesrats am Donnerstag wurde den Auswahlanträgen über die Eingabe des Ausführens zur Errichtung eines Ziergartens in Nürnberg die Zustimmung erteilt.

\* Die Angelegenheit der Glatton. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Wiederholt hat die National-liberale Correspondenz die Frage aufgeworfen, ob die im Kreise Lüdenburg zum Zweck ihrer Kandidatur in die Deutscher Reichstag genommene galizische Dienstadt Galzen insofern aus dem Reichstag entlassen werden sei. Um jeden Zweifel aufzulösen, mag

hier mitgeteilt werden, daß die Station bereits am 10. August — also einen vollen Monat, bevor die erste Mitteilung über ihre Inbetriebnahme in der Presse — in der Belgierstraße eröffnet und wenige Tage darauf vom Mobilfunk aus in ihre Heimat zurückgeführt ist. Doch Weisungen ergingen hin, um ähnlichen Vorkommnissen für die Zukunft vorzubeugen, befragt kam dem Ertrag.

**Nahrungsmittelgesetz.** In der Meldung, die Reichsregierung sei mit den Vorarbeiten zu einem Nahrungsmittelgesetz beschäftigt, schreibt man uns: Es handelt sich nicht um den Entwurf eines Nahrungsmittelgesetzes oder um eine Novelle zu dem jetzt geltenden Nahrungsmittelgesetz vom Jahre 1879, sondern um Vorarbeiten zu einem Lebensmittelgesetz für den Vollzug der Nahrungsmittelkontrolle. Ueber diese Fragen sind bereits seit längerer Zeit Erörterungen an den zuständigen Stellen. Die Erledigung der Frage ist verzögert worden durch die Einbringung und Verabschiedung des Weingesetzes vom vorigen Jahre, weil man zunächst über die Bedingungen der für den Handel mit Wein eingeführten sehr weitgehenden Kontrollvorschriften Erörterungen sammeln wollte. Nachdem diese namentlich zur Verfügung stehen, läßt sich allerdings annehmen, daß auch die Vorarbeiten für eine gesetzliche Regelung des Vollzuges der allgemeinen Nahrungsmittelkontrolle demnächst weiter gefördert werden. Im Reichsgesetzblatt sind verschiedene Konferenzen haben mit dieser Frage einen gewissen, wenn auch nicht direkten Zusammenhang. Es wird dort in Beratungen mit Sachverständigen eine Prüfung der von der freien Vereinigung der Nahrungsmittelkennzeichner aufgestellten Vereinbarungen über die Nahrungsmittelkontrolle stattfinden. Diese Vereinbarungen bilden heute, ohne einen amtlichen Charakter zu haben, doch eine wertvolle materielle Grundlage für die Bewertung von Nahrungsmitteln. Es dürfte daher erwogen werden, ob und inwieweit diese Vereinbarungen bei einer gesetzlichen Regelung des Vollzuges der Nahrungsmittelkontrolle als Material zu verwerten sind.

### Inslaud.

**Oesterreich-Ungarn.** Der Seereschuss der österreichischen Delegation hat das Seereschudget mit den übrigen Militärbudgets angenommen. Nach einer Reduktion um 100 Millionen in der Situation des k. u. k. Reichs am 30. September eingetretet. Die schiedsrichterlichen Landtags- und Reichstagsabgeordneten haben am Freitag vormittag eine Sitzung abgehalten, in der über den Antrag verhandelt wurde, daß im Hinblick auf die ungenügende Garantie für die Arbeitsfähigkeit des Landtags die schiedsrichterlichen Mitglieder aller Ausschüsse abberufen werden sollten. Ferner eine Verbindung zwischen den bisher in Erledigung begriffenen Vorlagen betreffend die Minoritätsschulen verlangt und eine Änderung der Geschäftsordnung des Landtags zur künftigen Veränderung der deutschen Obstruktion gefordert wird. Im Verlauf der Beratung griffen Einhaltsteller auf Grund der mehrfachen schiedsrichterlichen Mitglieder vermittelnd ein. — Später wird aus Paris noch gemeldet: Infolge der in den Verhandlungen über den nationalen Ausgleich aufgetauchten Schwierigkeiten wird jetzt versucht, zunächst durch inoffizielle Verhandlungen eine Vereinbarung zu erzielen. Am Freitag fand eine solche Sitzung statt, in der die Gesandten von ihnen gegenseitig die Bemerkungen betreffend die nationale Frage vorlegten. Von deutscher Seite fanden jedoch die gegenseitigen Vorschläge keine Annahme, wurden vielmehr mit der Zurückziehung der hinsichtlich des Sprachenschieds bei den autonomen Behörden bereits gemachten Zugeständnisse beantwortet. Infolge des vermittelnden Eingreifens des Oesterreichers wurde ein weiterer Verhandlungstriebs vermieden. Heute werden die inoffiziellen Beratungen fortgesetzt werden.

Bei den Erwerbahlen für Dr. Lueger ist Bürgermeister Neumayer in Wien zum Reichstagsabgeordneten gewählt worden; bei der Landtagswahl ist Etichowal zwischen dem Christlich-Sozialen Freyer und dem Sozialdemokraten Schumayer nötig.

Nach einer Meldung des „Reiter Klubs“ dürfte die ungarische Regierung, nachdem die Verhandlungen mit der österreichischen Regierung über die Bankfrage und die Aufnahme der Darlehensleistungen beendet sind, entscheidende Entschlüsse zu fassen. Der ungarische Ministerpräsident wird sich am Sonntag zur Teilnahme an der Sitzung der Delegationen nach Wien begeben. Bei dieser Anlässe dürfte der letzte Versuch einer Verständigung mit der österreichischen Regierung unternommen werden.

Der Erzbischof von Kalocsa Baross ist am Freitag gestorben.

**Der österreichische Volkshafterposten in Paris.** Wie das Wiener Tel. Kor. Bur. meldet, wird den im Ausland verbreiteten Gerichten gegenüber festgestellt, daß über die Besetzung des österreichischen Volkshafterpostens in Paris keinerlei Entscheidung getroffen worden sind. Es handelt sich bei diesen Gerüchten um leere Vermutungen.

**Frankreich und die Türkei.** Bezüglich der von Londoner Blättern gebrachten Nachricht, daß der französische Volkshafterposten in Konstantinopel, Sompard, plötzlich Konstantinopel verlassen habe, und daß man seine Abreise mit dem Abbruch der französisch-türkischen Anleiheverhandlungen zusammenbringe, wird aus Paris offiziell gemeldet, daß man dort die Nachricht für erfunden halte. Im „Petit Parisien“ wird von diplomatischer Seite erklärt, es sei möglich, daß Sompard nach den Schwierigkeiten der Anleiheverhandlungen das Bedürfnis nach Erholung empfunden habe. Aber der Abbruch dieser Verhandlungen könne absolut nichts mit der Abreise Sompards zu tun haben, von der man in Paris übrigens nichts wisse.

**Die französische Diplomatie.** Im Ministerium des Äußeren zu Paris wird die Mitteilung über bevorstehende Veränderungen im diplomatischen Dienst als vollständig unwichtig erklärt.

**Türkisch-italienischer Dispositio.** Aus Sodeidab, 28. Oktober, wird gemeldet: Das französische Schiff „Sambuc“, beheimatet in Grotto, warf auf der Fahrt vom Genoa nach Massaua am 20. Oktober auf der Südbreite von Djibouti Anker und ließ, um eine Besichtigung ausbessern zu können, einen Teil der Ladung an Bord schaffen. Die türkischen Zollbehörden glaubten jedoch, daß es sich um einen Schmuggelverkehr handelte, ließen die Waren wieder entladen, beleagerten den „Sambuc“ mit Geschützen und brachten ihn nach Sodeidab. Im Laufe der Verhandlungen zwischen dem italienischen Konsul und den Zollbehörden erob sich eine Meinungsverschiedenheit über die Anwendung der bestehenden Kapitulationsurteile und geltenden Verträge. Infolgedessen widerlegte sich der Konsul über unangewiesenen Vollzug und der Zoll erhielt Befehl, vorerst

von jeder Vollzugsmaßregel abzusehen. Das italienische Kriegsschiff „Aretusa“ ist in Sodeidab angekommen.

**Die türkische Anleiheangelegenheit.** In Konstantinopel politischen Kreisen hegt man nach der „N. Fr. Br.“ wegen des Zustandekommens des türkischen Vorkriegsgeschäftes mit deutschen und österreichischen Banken große Zuversicht. Man halte ein Scheitern der Verhandlungen für ausgeschlossen. Bereits wurde davon gesprochen, daß die künftige Anleihe einen größeren Betrag als den ursprünglich im Aussicht genommenen umfassen werde; sie solle auf 900 Mill. Mark erhöht werden. Die Stundung des Festbetrags für die gekauften deutschen Schatzscheine sei Bedingung für die Unterzeichnung der Anleihe.

**Parlamentseröffnung in Bulgarien.** Die Session der Sobranje ist am Freitag vom König von Bulgarien mit einer Thronrede eröffnet worden. In der Thronrede wird zunächst an die bisherigen Besuche bei den Staatsoberhäuptern erinnert und des freundschaftlichen Empfindens in Konstantinopel, Cetinje und Petersburg sowie in Paris gedacht. Dann heißt es weiter, Bulgarien unterhalte ausgezeichnete Beziehungen zu allen Großmächten und erreufe sich so wertvoller und für sein Gedeihen so notwendiger Sympathien. Die Regierung werde alle Kräfte darauf verwenden, die Beziehungen noch fester zu gestalten. Die Rede erwähnt die Rekonstruktion des Kabinetts und erklärt schließlich, daß das bisherige Programm unverändert bleiben werde.

Aus dem russischen Parlament. Reichsrat und Reichsduma haben am Freitag ihre Sitzungen wieder aufgenommen.

**Griechenland.** Die öffentliche Meinung nimmt den Beschluß der oppositionellen Parteiführer, sich an dem Wahlstempel nicht zu beteiligen, ruhig auf.

**Das Befinden des serbischen Kronprinzen.** Im Befinden des serbischen Kronprinzen liegt keine besonderen Veränderungen zu verzeichnen. Ein am Donnerstag am Rücken des Patienten aufgetauchter Abszess öffnete sich am Abend. Am Freitag trat ein kleines Geschwür am linken Wangen auf. Der Zustand des Kronprinzen ist ansäuerlich befriedigend.

**Der Kautius in Lissabon** ist am Freitag vom Papst empfangen worden.

**Der Ministerpräsidenten Wofsa.** Eine amtliche Meldung aus Kapstadt besagt, daß Ministerpräsident Wofsa sich noch immer nicht nach Berlin begeben hat, nachdem er im nächsten Sommer an der Reichskonferenz in London teilgenommen hat, sich neuerdings nach Kiffingen zu begeben.

**Der Graf von Bernen.** Die „Kön. An.“ meldet aus Teheran: Die persische Regierung hat erneut Briefe des abgesetzten Schahs an einen Turkmennamen auf, worin er diesen auffordert, die Aufständischen in Mageran zu unterstützen. Nach dem Protokoll über die Abdankung des Schahs ist er dadurch seines Jahresgehalts verlustig. Der Minister des Äußeren ist entschlossen, es zu streichen. Es fragt sich, ob Ausland dies zugeben wird.

**Die chinesische Anleihe.** Ueber die von der Morgan-Loebeck-Gruppe geplante chinesische Anleihe von 260 Millionen Francs wird dem „New-York Herald“ aus Peking gemeldet, daß die Verhandlungen zwischen der Bank und dem chinesischen Reichsminister für auswärtige Angelegenheiten noch unvollständig sind.

**Die parlamentarischen Fragen in China.** Dem chinesischen Staatsrat ist durch ein Edikt der Auftrag erteilt worden, die Denkschrift der Konstitutionenkommission über die Schaffung eines Parlaments zusammen mit den Provinzialparlamenten in Beratung zu ziehen und dem Reichstag die allgemeinen Ausdehnung der Rechte darüber zu berichten. Das Volk hat den Ausgang der Beratungen mit großen Hoffnungen entgegen, da die Majorität des Staatsrats die Denkschrift sichtlich unterstützen werde.

**Ueber die Liberia-Angelegenheit** will das Pariser Blatt „Action Française“ aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, die französische Regierung sei namentlich bis zu einem gewissen Grade bereit, auszulassen, daß Liberia unter das Protektorat der amerikanischen Diplomatie gestellt werden, hierüber die Frankreich aus dem Abgrenzungsbetrage von 1907 erschwären Rechte in keiner Weise verliert würden.

### Die Luftschiffahrt.

Das Luftschiff „R. 6“

landete am Freitag um 2 Uhr 15 Min. glatt auf dem großen Exercierplatz in Schwerin. Nach der Landung begrüßte Senator Welsch die Luftschiffer namentlich der Stadt. Sodann ließ der Großherzog, der mit der Großherzogin und den in Schwerin zu Besuch weilenden Fürstlichkeiten an dem Plage erschienen war, den Führer des Ballons, Oberleutnant Stelling, zu sich rufen und beglückwünschte ihn zu der schon vollendeten Fahrt. Die Luftschiffer, beheimatet in dem Luftschiff. Am 3. Uhr 24 Min. trat das Luftschiff die Weiterfahrt nach Kiel an und überflog Ploen um 4 Uhr 45 Min. Um 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr wurde es in Neumünster eingeholt, führte über der Stadt mehrere große Schlenne ein und ging um 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr auf dem Jugendplatz an Land, wobei Militär Hilfe leistete. Nach Ergänzung der Wasser- und Vorräte „R. 6“ um 5 Uhr 50 Min. zur Weiterfahrt nach Kiel auf. Infolge der ungenügenden Vorbereitung landete das Luftschiff aber abends gegen 7 Uhr bei Wörbesholm, 19 Kilometer vor Kiel. Militär wurde zur Hilfeleistung abgeleitet, um das Luftschiff nach den Unbilden der Witterung zu sichern. Die Weiterfahrt nach Kiel soll heute vormittag angetreten werden. — Später erfahren wir hierzu noch: Das Luftschiff ist in unmittelbarer Nähe einer Dampfstation bei Wörbesholm niedergegangen, da es ihm infolge Eintraten der Dunkelheit unmöglich war, die Fahrt nach Brüssel fortzusetzen.

**Fzug nach Brüssel.**

Aus Ny les Moulaineur wird gemeldet: Der Aviatiker Moliere ist am Freitag mittag 12 Uhr 31 Min. mit einem Passagier zu einem Flug nach Brüssel aufgestiegen, mußte aber abends auf einer Weite bei Braine-le-Comte (Benneaux) niedergehen, da es ihm infolge Eintraten der Dunkelheit unmöglich war, die Fahrt nach Brüssel fortzusetzen.

**Die Internationale Aeronautilische Konferenz** in Paris beschloß einstimmig, daß vom 15. Februar ab in allen Ländern die Prüfungsbedingungen für die Erlangung des Pilotenzeugnisses gleich sein sollen. Ferner beschloß die Konferenz entgegen der Empfehlung der Schweizer Sportkommission, daß der zweite Preis im Gordon-Bennettfliegen für 1909 Alfred Leblanc auszerkennen sei. Die

Konferenz beschloß weiter der Korbflöße für Aeroplane einen vertikalen Schnelligkeitsrekord hinzuzufügen.

**Ein Weltrekord für Dauerflüge und Entfernungen.**

Der Flieger Lohauw ist am Freitag um 8 Uhr 45 Min. morgens bis 2 Uhr 45 Min. nachmittags über dem Meeresspiegel in Stamps geflogen und hat damit einen Weltrekord für Dauerflug aufgestellt, ebenso hat er mit 465 Kilometer den Weltrekord über die Entfernung geflogen.

### Aus Nah und Fern.

**Das Urteil im Babbo-Prozess.** Das Urteil gegen den Redakteur Wagner lautet, wie in der ersten Anklage, auf 300 Mark Geldstrafe und Publikation des Urteils in drei Zeitungen. In der Urteilsbegründung wird der Verdict im Anbetracht der Jugend hätte zweifelslos übertrieben sein können. Weiter steht fest, daß keine Leiden mehr in der Gube gewesen seien und daß die angebliche Aufregung: „Was lebt, das lebt, wir müssen heraus“ zwischen Andreo und Holländer nicht gefallen ist.

**Bombenanschlag auf einen Güterzug.** Auf der Strecke Leestüb-Zibeffische ist abends auf einen von Ertzien kommenden Güterzug ein Bombenanschlag verübt worden, wobei die Maschine leicht beschädigt worden ist. Verletzt wurde niemand. Im geringeren Ausmaß wurde der Güterzug durch einen Probenatterie gefangen.

**Vertrag auf unbestimmte Zeit.** Man meldet aus Greifswald: Der Prozeß gegen den Rittergutsbesitzer Weder, der heute seine Fortsetzung finden sollte, ist auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

**Am Zusanal aufgelaufen.** Einer Abstammung aus Port Said zufolge ist der nach Port Said bestimmte Hamburger Frachtdampfer „Feldmarschall“ im Zusanal bei Port Said aufgelaufen und verlor die Durchfahrt. Ein Schlepddampfer leistet ihm Hilfe.

**Der Verdict in der Spree.** Nach den bisherigen Feststellungen der Berliner Kriminalpolizei hat der Verdict in der Spree am Schloß Bellevue noch keine Auffassung gefunden. Die ärztliche Untersuchung führte zu dem Ergebnis, daß wahrscheinlich ein Giftmord oder ein Mord durch Erstickung vorliegt. Die einzige Feststellung, die für den weiteren Verlauf der polizeilichen Ermittlung vielleicht von Belang sein könnte, ist die Feststellung eines Epileptikers vom Salomonen Tor, dessen 19jährige Tochter seit sechs Wochen verschwunden ist.

Die Feuersicherung in Kasel beschloß die Gründung einer eigenen Reichsamt nach dem Muster anderer großer Städte.

### Wissenschaft, Kunst und Theater.

Die dreitägige Oper „Königin Vertham“ des verstorbenen Komponisten Otto Kurth wird im November am Stadttheater in Bremerhaven (Direktion Almond Tresper) ihre Aufführung erleben.

### Kongresse und Ausstellungen.

**Sauptversammlung des Verbandes deutscher Arbeitsnachweiser.** Der Verband deutscher Arbeitsnachweiser trat am 27. c. in Breslau zu seiner 6. Hauptversammlung zusammen. Geh. Regierungsrat Landmann teilte mit, daß aus dem kaiserlichen Dispositionsfonds dem Verbands 30 000 M. überwiesen und für Einstellung dieser Summe in den Etat eingezeichnet worden sei. In der Versammlung wurde die Wahl des Berliner Hofrat Prof. Dr. E. E. Reitzig einen Vortrag über „Die Beschäftigung ausländischer Arbeiter in Deutschland“. Etwa 4000 teilte fest, daß eine Million ausländischer Arbeiter in Deutschland beschäftigt werden und verlangt staatliche Wohnräume, um der ungenügenden Einbindung der Arbeiter entgegenzutreten. Als wichtigste Mittel empfahl er eine möglichst vollkommene Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises.

### Schiffsbewegungen der Kaiserlichen Marine.

Berlin, 28. Oktober. Der R. R. D. „Lucie Wermann“ ist mit dem Abflugtransport auf „Pantier“ auf der Anreise am 27. Oktober in Acca (Golfküste) eingetroffen und hat an demselben Tage die Reise nach Rom (Zago) fortgesetzt. „Gonia“ ist am 27. Oktober von Barbados nach Port of Spain (Trinidad) in See gesegelt. „Jiten“ ist am 27. Oktober in Wilhelmshaven eingetroffen.

### Spurt und Jagd.

Jagdergebnisse. Hohenroda: 502 Hasen, 4 Fasanen, 10 Fasanen, 10 Rebhühner und 24 Meßhühner. — Kreisberg: 662 Hasen, 30 Döhner, 1 Fasan und 1 Wiesel. — Königsaue (Seegelhäuser): 262 Hasen, 1 Samfer, 8 Fasanen und 9 Meßhühner. — Preßitz: 104 Fasanen, 3 Rebhühner. — Pauslaga: 151 Hasen, 40 Fasanen, 10 Fasanen, 10 Rebhühner, 10 Kranich und 2 Meßhühner. — Rittergut Burgwerben: 544 Hasen, 43 Meßhühner und 1 Kranich.

### Letzte Telegramme.

**Oberlandesgerichtspräsident Sagen f.** Raumburg, 29. Oktober. Hier ist gestern im Alter von 76 Jahren der Oberpräsident des Oberlandesgerichts Wirtl. Geh. Rat Sagen gestorben.

**Wien-Berlin im Aeroplan.** Wien, 29. Oktober. Ein österreichischer Autopilotenflug ist ein Aeroplan-Diagramm Wien-Berlin für nächstes Jahr angeregt worden. Es sollen nur deutsche und österreichische Piloten zugelassen werden.

**Blutatten aus Traranten.** Stadthalt (Main), 29. Okt. Hier wurde ein Zimmermann wegen Trunkenheit aus einer Gastwirtschaft verwiesen. Auf dem Hofe erlag er einen infolge verfallenen Fabrikarbeiter und verlor einen anderen lebensgefährlich.

**Amalfi in Gefahr.** Rom, 29. Oktober. Inbauender Regen und wasserinfiltrationen sollen das weitere Bestehen der Stadt Amalfi gefährden.

**Wieder abgelehnt.** Port Said, 28. Oktober. Der aufgelaufene Hamburger Frachtdampfer „Feldmarschall“ ist wieder abgelehnt worden.

**Die chinesische Anleihe.** New-York, 28. Oktober. Ein Mitglied des amerikanischen Außenbüros, welches sich um Liebermann der chinesischen Anleihe im Betrage von fünfzig Millionen Dollars bemüht hat, befähigte die Meldung, daß die Arrangements der Anleihe durchgeführt sind.

**Streitkränzen.** New-York, 28. Oktober. In Frenken City kam es zu Anlaß eines Streites der Angehörigen der Patentspolizei auf einen ihrren ersterer Art. Viele Personen wurden verletzt, davon 16 schwer.



Die Rubrik in der obersten Reihe des Anzeigens ist ein Gebot...

Berliner Börse, 28. Okt. 1919

Banknoten: 100 Mk. = 1.100 Reichsmark...

Main table containing various stock market listings, including sections for Deutsche Pfandbriefe, Renten-Briefe, Deutsche Lose, and various bank shares.

Vertical text on the right side of the page, likely containing additional market information or commentary.